



NAV-DEM

Navenda Civaka Demokratîk
ya Kurdên li Almanyayê

Dossier zur Lage von **Abdullah Öcalan**

**NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der
KurdInnen in Deutschland e. V.**

18. Oktober 2017

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Lasst uns die Totalisolation Öcalans durchbrechen!	5
3. Bundesregierung muss sich von der türkischen Anti-Kurdenpolitik lösen!	7
4. Start der Kampagne „Die Zeit ist reif! – Freiheit für Öcalan!“	9
5. Was für eine Rolle spielten die USA, Deutschland und Großbritannien bei der Entführung von Öcalan?	10

1. Einleitung

In dutzenden Städten Deutschlands und anderen Ländern Europas gehen seit Sonntag, den 15.10.2017, tausende Kurdinnen und Kurden auf die Straße. Sie fordern Klarheit über die Situation Abdullah Öcalans und dessen Freiheit. Anlass für die Proteste sind Meldungen, die in der letzten Woche in türkischen Medien erschienen und den Tod Abdullah Öcalans verkündeten.

Auch auf den Straßen Deutschlands protestieren seither jeden Tag tausende Menschen. In Dresden, Halle, Leipzig, Stuttgart, Duisburg, Frankfurt a. M., Mannheim, Hamburg, Berlin, Freiburg i. Br., Wuppertal, Ulm, Darmstadt, Saarbrücken, Karlsruhe, Hannover, Hildesheim, Dortmund, Essen, Bielefeld, Münster, Bremen und Kiel fanden seither täglich Demonstrationen und Kundgebungen für die Freiheit Abdullah Öcalans statt. Bis zur Genehmigung einer Delegation zur türkischen Gefängnisinsel Imrali, auf der Öcalan seit 1999 inhaftiert ist, sollen die Proteste fortgesetzt werden.

Die kurdische Frage dominiert die innenpolitische Agenda in der Türkei und führt spätestens seit dem

wieder aufgeflammtten Krieg in der Südosttürkei im Sommer 2015 auch in Deutschland immer wieder zu Spannungen. Angesichts türkischer Agententätigkeiten auf deutschem Boden, Spitzelvorwürfen gegen vom türkischen Staat finanzierte Institutionen wie Ditib in Deutschland und zunehmend repressiv durchgesetzter Flaggenverbote auf kurdischen Demonstrationen zeigen sich immer mehr Kurdinnen und Kurden enttäuscht von der bundesdeutschen Politik. Nicht erst seit dem ausgeweiteten Verbot von Bildern Öcalans auf Demonstrationen in Deutschland nach dem kurdischen Kulturfestival in Köln im September 2017 zeigen sich viele Aktivistinnen und Aktivisten enttäuscht.

Die erneute Zuspitzung der Lage durch die Todesmeldungen bezüglich Öcalans in türkischen Medien bietet nun die Chance, von Seiten der Vertreterinnen und Vertreter bundesdeutscher Politik einen Schritt auf die Kurdinnen und Kurden in Deutschland zuzugehen. Indem ihren Forderungen Gehör verschafft wird und sich ernsthaft mit ihrem legitimen Anliegen auseinandergesetzt wird, kann zuvor verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden. Auf diesem Weg können Ver-

treterinnen und Vertreter der Politik hier zu Lande einen Beitrag zur Beruhigung der Lage leisten und zudem ein Zeichen für einen dringenden notwendigen Dialog zwischen dem türkischen Staat und dem wichtigsten Repräsentanten der Kurdinnen und Kurden, Abdullah Öcalan, setzen.

Nav-Dem, 18.10.2017

2. Lasst uns die Totalisolation Öcalans durchbrechen!

Pressemitteilung von v, 15.10.2017

Seit zweieinhalb Jahren befindet sich mit Abdullah Öcalan, einer der wichtigsten kurdischen politischen Repräsentanten, unter den Bedingungen der Totalisolation auf der Gefängnisinsel Imrali. Öcalan war 1999 durch ein internationales Komplott entführt und an die Türkei ausgeliefert worden. Obwohl er zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt wurde, hat er sich immer wieder für die friedliche Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei eingesetzt und entsprechende politische Initiativen in die Wege geleitet. Zwischenzeitlich gab es deshalb auch direkte Gespräche zwischen Vertretern des türkischen Staates und Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. Doch seitdem die AKP-Regierung Anfang 2015 alle Friedensbemühungen der kurdischen Seite sabotiert und einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in- und außerhalb angefacht hat, wird Öcalan einer totalen Isolation ausgesetzt. Weder seine Anwälte, noch seine

Angehörigen können ihn seitdem besuchen. Es gibt daher praktisch kein Lebenszeichen von Öcalan.

Seit Tagen kursieren nun in den türkischen Medien Meldungen, wonach Abdullah Öcalan im Gefängnis ums Leben gekommen sein soll. Diese Meldungen sind für uns mehr als Grund zur Besorgnis. Sollte Abdullah Öcalan tatsächlich etwas zugestoßen sein, ist hierfür alleine die AKP verantwortlich. Wir fordern, dass den Familienangehörigen und Anwälten Öcalans sofortiger Zutritt zur Gefängnisinsel Imrali gewährt wird, um für Klarheit über seine Situation zu sorgen.

Wir werden solange auf den Straßen sein und protestieren, bis wir die Sicherheit haben, dass es unserem politischen Repräsentanten, Herrn Abdullah Öcalan, gesundheitlich gut geht! Wir werden eine Fortsetzung der Totalisolation Öcalans nicht weiter dulden! Wir rufen die internationale Öffentlichkeit dazu auf, sich unserem Protest anzuschließen! Die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, ist dazu aufgerufen, Druck auf die Türkei auszuüben, damit sie entsprechende Schritte für die Sicherheit und die Gewähr-

leistung Öcalans einleitet! Die Freiheit Öcalans ist zugleich unsere Freiheit!

3. Bundesregierung muss sich von der türkischen Anti-Kurdenpolitik lösen!

Pressemitteilung von NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V., 19.09.2017

Das 25. Internationale Kurdische Kulturfestival in Köln hatte ein absurdes diplomatisches Nachspiel für die deutsche Bundesregierung. In Ankara wurde der deutsche Botschafter Martin Erdmann in das türkische Außenministerium zitiert. Die deutschen Behörden hätten "Terrorpropaganda" in Köln zugelassen. Bereits vor dem Festival hetzten türkische Medien und AKP-Abgeordnete gegen die Veranstaltung. "Deutschland spielt mit dem Feuer", titelte beispielsweise die Tageszeitung Hürriyet. Nach den Vorstellungen der türkischen Regierungspartei, müssten die Kurdinnen und Kurden in Deutschland mit denselben anti-demokratischen Mitteln bekämpft werden wie derzeit in der Türkei. Das ist selbstverständlich nicht hinnehmbar.

Doch die Einberufung des deutschen Botschafters zeigt auch, dass sich die Bundesregierung

selbst in eine missliche Situation hinein manövriert hat. Denn als der deutsche Außenminister Gabriel vor rund zwei Monaten erklärte, dass die türkische Kritik am Umgang mit der PKK in Deutschland berechtigt sei, versetze er seine Kollegen in Ankara in eine Erwartungshaltung. Und tatsächlich liefert die Bundesregierung auch seit geraumer Zeit. Die Kriminalisierung kurdischer Aktivisten in Deutschland hat mittlerweile Höchststände erreicht. Die Fahnen kurdischer Organisationen werden für verboten erklärt. Und kurdische Demonstrationen und Proteste werden mit derartigen Auflagen versehen, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausgehöhlt wird. Die deutsche Regierung fährt gegen die kurdische Bevölkerung hierzulande eine umfassende Repressionspolitik, um trotz aller Differenzen zumindest bei diesem Thema der Türkei zu gefallen. Doch sie vergisst dabei, dass sie bei diesem Thema ein Fass ohne Boden aufmacht. Egal wie sehr sich die Bundesregierung bei diesem Thema bemüht und die Kurdinnen und Kurden hierzulande verfolgt, sie wird ihre Kollegen in Ankara nicht zufriedenstellen können.

Das wurde beim gestrigen Internationalen Kurdischen Kulturfestival in Köln nochmals eindrucksvoll unter Beweis gestellt. So hatten die Ordnungsbehörden die Veranstaltung mit schikanösen Auflagen belegt. Selbst das Verteilen von kostenlosem Wasser und Essen wurden für verboten erklärt. Zehntausende Menschen, die zum Teil sich in der Nacht zuvor auf den Weg nach Köln gemacht hatten, mussten das Festival verlassen, um sich in der Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Behauptung der Stadt Köln, dass »auf städtischem Privatgelände keine Gastronomiestände im Zuge dortiger Versammlungen zugelassen werden«, ist insofern lachhaft, als dass beim Festival im vergangenen Jahr am selben Ort keine Rede von derlei Auflagen war. Zusammengefasst, die Ordnungsbehörden haben sich redlich bemüht, das 25. Internationale Kurdische Kulturfestival zu schikanieren. Und doch war das Ergebnis am Ende des Tages, dass die Türkei unzufrieden war und den deutschen Botschafter einbestellen ließ.

Unsere Forderung an die deutsche Bundesregierung lautet deshalb, dass sie sich endlich von der türkischen Anti-Kurdenpolitik lösen soll. Die politisch Verantwortlichen

spüren derzeit an der eigenen Haut, welche abstrusen Verhältnisse die türkische Regierungspolitik angenommen hat. Umso weniger Sinn macht es, dass die Politik in Deutschland der autoritären Politik der Türkei gegenüber den Kurden nacheifert und diese zu imitieren versucht.

Lösen Sie sich von der türkischen Anti-Kurdenpolitik!

Beenden Sie die Kriminalisierung der Kurden in Deutschland!

Heben Sie das PKK-Verbot auf!

4. Start der Kampagne „Die Zeit ist reif! – Freiheit für Öcalan!“

Pressemitteilung, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., 10.10.2017

Die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« verkündete gestern auf einer Pressekonferenz in Straßburg den Start einer Bustour im Rahmen der Kampagne „Die Zeit ist reif! – Freiheit für Öcalan!“. Die 33-tätige Bustour wird durch acht Länder und 33 Städte führen, begleitet von zahlreichen Demonstrationen und Podiumsdiskussionen. Die am 9. Oktober begonnene Bustour wird am 11. November enden. Der Bus wurde gestern in Strasbourg vor dem Europarat mit einer Kundgebung und Demonstration empfangen. Ziel der Kampagne und Bustour ist es eine breite Öffentlichkeit sowie politische Institutionen der bereisten Länder auf die Situation Öcalans und seine Ideen aufmerksam zu machen.

In der Erklärung der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« heißt es:

„Seit fast 20 Jahren sitzt Öcalan in Isolationshaft auf der Gefängnisinsel Imrali, dem türkischen Gegenstück zu Robben Island. Für mehr als zehn Jahre war Öcalan der einzige Häftling auf Imrali. Trotz seiner unbeschreiblichen Haftbedingungen hat er nie die Hoffnung auf eine friedliche Lösung für die Konflikte im Mittleren Osten aufgegeben, insbesondere für die kurdische Frage. In Nordsyrien haben die Menschen nach seinen Ideen ein multiethnisches, multireligiöses demokratisches System aufgebaut. Öcalan wurde damit zu einem Symbol der Hoffnung auf Frieden und Demokratie in dieser krisengeschüttelten Region. Darüber hinaus steht die überwiegende Mehrheit der Kurden hinter Öcalan. In den vergangenen Jahren haben sich weltweit 10,3 Millionen Menschen mit ihrer Unterschrift für die Freiheit Öcalans ausgesprochen. Öcalans Stimme für Frieden und Demokratie ist angesichts der tiefen Krise im Mittleren Osten und der Diktatur in der Türkei nötiger denn je. Er ist der Architekt hinter der Idee einer gleichberechtigten Koexistenz aller Menschen in der Region. Nur mit seiner Freiheit kann eine wirkliche Versöhnung erreicht werden. Die Möglichkeit ist da, die Bedingungen sind reif!“

5. Was für eine Rolle spielten die USA, Deutschland und Großbritannien bei der Entführung von Öcalan?

Der Kolumnist Ferda Çetin erinnert an die Unterstützer des internationalen Komplotts, das vor 19 Jahren seinen Anfang nahm, 11.10.2017

Die kurdische Gesellschaft bezeichnet die Phase vom 9. Oktober 1998 bis zum 16. Februar 1999 als das „internationale Komplott“. Binnen dieser Zeitspanne wurde Abdullah Öcalan zunächst in Syrien zur persona non grata erklärt, durchlebte anschließend eine Odyssee durch verschiedene Länder Europas, um schließlich in der kenianischen Hauptstadt Nairobi entführt und an die Türkei ausgeliefert zu werden. An dieser langatmigen Operation gegen einen der bedeutendsten Führungspersonlichkeiten der Kurden waren zahlreiche internationale Unterstützer beteiligt. Doch heute können wir sagen, dass das internationale Komplott ihr eigentliches Ziel nicht erreicht hat. Die kurdische Freiheitsbewegung ist weiter gewachsen, ihr Kampf hält weiterhin an. Die von der kurdischen Ge-

sellschaft jedes Jahr organisierten Protestaktionen verhindern, dass das Komplott, an dem die USA und Europa mitschuldig sind, vergessen wird.

Abdullah Öcalan wurde direkt nach seiner Landung auf dem Flughafen von Rom am 12. November 1998 festgenommen. Die italienischen Gerichte stützten ihre Festnahme auf die Entscheidung der Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe vom 12. Januar 1990 mit der Nummer 1 BSJ 195/88-3 BGS 9/90. Deutschland hatte im selben Jahr diese Entscheidung an Interpol und Interpol im Juni 1990 an alle Länder weitergeleitet.

Öcalan sollte nach dieser Entscheidung entweder in Italien verurteilt oder nach Deutschland ausgeliefert werden. Jede der Möglichkeiten hätte ein langes Gerichtsverfahren nach sich gezogen. Je nach dem, wo es zum Verfahren gekommen wäre, hätten Italien oder Deutschland für die Sicherheit des „Angeklagten“ Öcalan sorgen und die Wahrung seiner nach der Europäischen Menschenrechts garantierten Rechte garantieren müssen.

Deutschland und Italien waren somit in dieses Problem in direkter Weise involviert. Am 16. November 1998 ist der damalige Kanzler Schröder mit seinem italienischen Amtskollegen Massimo D'Alema in Bonn zusammengekommen. Auf dem Treffen wurde über die Haltung Europas gegenüber der kurdischen Frage und Öcalan diskutiert. In der Erklärung nach dem Treffen wurde verkündet, dass Europa sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage in Bewegung setzen und die Außenministerien beider Länder in diesem Sinne arbeiten werden.

Der Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye erklärte am 20. November 1998, dass die von der Bundesstaatsanwaltschaft am 12. Januar 1990 erlassene und an Interpol weitergeleitete Entscheidung zur Festnahme Öcalans aufgehoben sei. Ohne Zweifel war dies keine juristische Entscheidung, sondern eine Entscheidung des deutschen politischen Willens. Somit wurde der Weg für eine Ausreise Öcalans aus Italien geebnet. Deutschland und Italien waren von der Verantwortung befreit, Öcalan unter Beobachtung zu halten und ein Gerichtsverfahren gegen ihn einzuleiten.

Die USA war äußerst beunruhigt von der Friedensinitiative Europas gegenüber der kurdischen Frage. So forderte am 28. November 1998 der nationaler Sicherheitsberater der USA Samuel Berger, dass Öcalan der Türkei ausgeliefert und dort ihm der Prozess entsprechend türkischen Rechts gemacht werden solle. Italien gegenüber erhob er schwere Anschuldigungen.

Ein Tag nach dieser Erklärung der USA sind die Außenminister Italiens und Deutschlands, Dini und Fischer, am 29. November 1998 in Rom zusammengekommen. Beide Minister erklärten, dass sie die Arbeiten zur „europäischen Lösungsinitiative der kurdischen Frage“ begonnen hätten. Sie teilten beide die Meinung, dass für Öcalan ein internationales Gericht auf die Beine gestellt werden müsse. Kommissionen bestehend aus Experten aus beiden Ländern hätten Arbeiten begonnen, um innerhalb einer Woche das Gericht ins Leben zu rufen und die nachfolgenden Schritte festzulegen.

Am 3. Dezember 1998 ist der Ministerrat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zusammengekommen. Nach der Versammlung trat der deutsche Außenminister

Fischer vor die Presse und erklärte nun plötzlich: „Italien und Deutschland können beim Thema Öcalan kein internationales Gericht einberufen.“ Deutschland hatte also innerhalb einer Woche die Idee eines internationalen Gerichts verworfen.

Der italienische Ministerpräsident Massimo D'Alema ist nach dieser Positionsänderung Deutschlands auf Großbritannien zugegangen. Dazu hat er seinen britischen Berater Philip Robins am 7. Dezember 1998 nach London zu einem Treffen mit dem Ministerpräsidenten Tony Blair geschickt. Blair und andere britische Verantwortliche erklärten Robins mit einer klaren Sprache, dass Europa Öcalan nicht akzeptieren werde und sie für keine Initiative zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage bereit seien.

Mit diesen Gesprächen hatten Deutschland und Großbritannien offen verkündet, dass sie nicht unabhängig von den USA handeln und keine Rolle für einen politischen Lösungsweg der kurdischen Frage übernehmen werden. Die USA, Großbritannien und Deutschland haben anstelle einer Lösung der kurdischen Frage mit friedlichen und politischen Metho-

den, die militärischen Methoden des türkischen Staates, die sich auf Verleugnung und Vernichtung stützen, bevorzugt.

Zwei Monate nach dem Komplott hat das internationale strategische Forschungszentrum in Großbritannien einen Bericht veröffentlicht. In dem Bericht hieß es, dass nach der Auslieferung Öcalans an die Türkei die Organisationsleitung der PKK eine Spaltung erleben werde, die Organisation deshalb nicht mehr geführt könne und zusammenbrechen werde. Später werde die gesellschaftliche Organisation in Kurdistan ohne Führung und Leitung zusammenbrechen. Zuletzt, so heißt es im Bericht, werden die in den letzten 20 Jahren von der kurdischen Gesellschaft mit viel Mühe und Arbeit aufgebauten legalen Institutionen, Vereine, Stiftungen und Büros geschlossen werden und das „System“ der Kurden, als organisierteste Bevölkerung ohne eigenen Staat, werde sich auflösen.

Der Organisierungsgrad der PKK und der kurdischen Gesellschaft wächst bis in unsere Gegenwart mit jedem Tag allerdings weiter an. Am 19. Jahrestag des internationalen Komplotts dauert der Freiheitskampf der kurdischen

Gesellschaft in den Bergen, Gefängnissen, Städten und Plätzen mit voller Begeisterung an. Das internationale Komplott hat also sein Ziel verfehlt.